

FDP Waldeck-Frankenberg

FAMILIEN VON STERNENKINDERN BESSER UNTERSTÜTZEN

03.03.2025

- **Mehr Anerkennung für Schicksal betroffener Eltern**
- **Bürokratische Hürden bei Bestattungen belasten Familien**
- **Betroffene brauchen einfühlsame und professionelle Begleitung**

Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, fordert von der Landesregierung, Familien von Sternenkindern besser zu unterstützen: „Der Verlust eines Kindes durch Fehl- oder Totgeburt ist eine der schmerzlichsten Erfahrungen, die Eltern durchleben können. Da diese schmerzvolle Erfahrung jedoch nach wie vor ein Tabuthema ist, über das nur selten gesprochen wird, bleibt das Leid der betroffenen Familien oft verborgen. Jedes Jahr sind zahlreiche Familien in Hessen von diesem tragischen Schicksal betroffen. Es ist wichtig, dass die Gesellschaft und die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um den betroffenen Eltern den Raum, die Unterstützung und die Anerkennung zu geben, die sie verdienen.“ Die Freien Demokraten haben einen [Antrag \(Drs. 21/1536\)](#) in die aktuelle Plenarrunde eingebracht, in dem sie mehr Anerkennung für Familien von Sternenkindern fordern. Knell erklärt, dass das Hessische Friedhofs- und Bestattungsgesetz zwar Regelungen für die Bestattung vorsehe, es hier aber noch viel zu tun gebe: „Die Bedürfnisse trauernder Eltern müssen noch stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Die unterschiedliche Handhabung des Gesetzes in den Kommunen führt oft zu zusätzlichen bürokratischen Hürden. Diese müssen abgebaut werden, denn eine solche Strapaze darf den ohnehin schon seelisch belasteten Eltern nicht weiter zugemutet werden.“

Knell fordert Schwarz-Rot auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine gute Unterstützung für betroffene Familien sicherzustellen: „Es braucht ein umfassendes Fortbildungsprogramm für das Personal in Geburtskliniken, für Hebammen und

Beratungsstellen. Die betroffenen Eltern müssen in jedem Fall einfühlsam und professionell begleitet werden, es darf keinen Unterschied machen, wo ein Kind still zur Welt kommt. Zudem muss gemeinsam mit Hebammen, Beratungsstellen und Trauerbegleitern ein Leitfaden für Betroffene erarbeitet werden. Ferner muss durch mehrsprachige Materialien und digitale Angebote dafür gesorgt werden, dass die Informationen alle Betroffenen erreichen.“ Bei alledem sei eine enge Zusammenarbeit mit den medizinischen Fakultäten der hessischen Universitäten besonders wichtig. Dazu betont Knell: „Nur durch wissenschaftlich fundierte Konzepte können wir sicherstellen, dass betroffene Eltern bestmöglich begleitet werden.“ Der Antrag wird nach jetzigem Stand am Donnerstag von 17.00 Uhr an im Plenum beraten.